GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Ein Friede, der mehr Mut braucht als der Krieg. Gedanken zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels

Kulke, Christine

2008

https://doi.org/10.25595/3143

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kulke, Christine: *Ein Friede, der mehr Mut braucht als der Krieg. Gedanken zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008) Nr: 2, 115–119. DOI: https://doi.org/10.25595/3143.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Wer Feminismus dagegen auf das individualisierte Streben nach Glück reduziert, ohne nach den Bedingungen zu fragen, wie welche ihr Glück machen können, und zugleich dessen politische Seite notorisch auf ein Programm der moralischen Maßregelung von Alpha-Mädchen und F-Klässlerinnen reduziert, hat schon verkannt, dass Emanzipation bereits im Ansatz vereitelt ist, wo sie als ein solches Privatprojekt missverstanden wird.

Literatur

Dorn, Thea, 2006: Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird. München.

Dorn, Thea, 2007: Emanzipation ist keine Frage des Geschlechts. Sie ist eine Einstellung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 7, Internet: http://www.das-parlament.de/2007/07/Titelseite/index.html, (12.02.2007).

Haaf, Meredith/**Klingner**, Susanne/**Streidl**, Barbara, 2008: Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht. Hamburg.

Hensel, Jana/**Raether**, Elisabeth, 2008: Neue deutsche Mädchen. Berlin.

Koch-Mehrin, Silvana, 2007: Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus. Berlin.

McRobbie, Angela, 2008: The Aftermath of Feminism. London.

Roche, Charlotte, 2008: Feuchtgebiete. Köln.

Wichterich, Christa, 2007: Paradoxie der Integration, taz vom 24. 09. 2007, http://www.taz.de/index.php?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/24/a0129&no_cache=1&src=GI (09.09.08).

Ein Friede, der mehr Mut braucht als der Krieg.

Gedanken zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels

CHRISTINE KULKE

„Der Friedensprozess mit den Palästinensern bildet für meine Begriffe den Kern des gesamten Nahost-Konflikts." (Zuckermann 2004)
„Der Staat Israel feiert sechs Jahrzehnte des Überlebens ... – das Ergebnis erfolgreicher Strategien und Taktiken – ... und sieht sich zugleich mit fortgesetzter Gewalt konfrontiert: der Gewalt der Hisbollah in Syrien, der Hamas in Gaza und im geringen Ausmaß im Westjordanland ..." (Steinberg 2008)
Bereits an diesen beiden Beispielen ist eine ganze Bandbreite von unversöhnlichen Perspektiven in Hinblick auf die Staatsgründung vor 60 Jahren abzulesen, auch in Israel selbst. Dabei erscheinen diese Einschätzungen hier, obgleich von zwei sehr unterschiedlichen politischen und akademischen Protagonisten vorgetragen, noch einigermaßen vereinbar miteinander.
Angesichts der kontroversen Verlautbarungen zum israelischen Staatsjubiläum, begleitet von ernst gemeinten Wunschbotschaften und geschäftiger politischer Rhetorik,

aber auch von besorgten Erklärungen von FriedensaktivistInnen – wie versteht sich da eine feministisch-politikwissenschaftliche Einschätzung von deutscher Seite?
Ich argumentiere von einer Position aus, die an einem kollektiven Gedächtnis teilhat, das sich lapidar zusammenfassen lässt mit: *Nie wieder Auschwitz!*, und das als zeitgeschichtlichen Hintergrund deutsch-israelische und jüdisch-christliche Dialogerfahrungen zur Voraussetzung hat.[1]
Dieses kollektive Gedächtnis stützte sich nicht allein auf die Euphorien der Aufbruchs- und Aufbau-Diskurse. Vielmehr waren Schuld und Sühne als Maßgabe für den Umgang mit den Taten der Väter und Mütter unter der nationalsozialistischen Herrschaft bestimmend. Das Ausmaß und die Folgen der Shoah waren derart präsent, dass sich erst später jenes Unrecht ins Bewusstsein und in das kollektive Gedächtnis der Nachkriegsgeneration eingeschrieben hat, das durch Flucht und Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Palästina entstanden ist. Dabei hätte aufgehorcht werden können, als der ahnungsvolle Satz bei der Staatsgründung fiel, der Ben Gurion zugeschrieben wird und der mit den Jahren an Aktualität zugenommen hat: Wer in Israel nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist!
Die zionistischen Traditionen und Visionen bündelten sich in der Hoffnung, vor allem deutscher Juden, dass ein jüdischer Staat eine Zuflucht und Heimstatt für Juden gewährt, damit sie nie wieder Verfolgung und Völkermord erleiden müssen. Die Existenzsicherheit des Staates Israel war mithin eine Gründungsvoraussetzung. Festzuhalten ist, dass das einstige Ziel nicht erreicht wurde, sondern jüdische (und nichtjüdische) Menschen in Israel, wie auch die Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen höchst unsicher und gefährdet leben. Die sicherheitspolitischen Strategien des offiziellen Israels wie auch die widerständigen Strategien von palästinensischer Seite folgen bei aller politischen Asymmetrie und unterschiedlichen Begründungsdiskursen einer nahezu identischen Logik. Diese kann beschrieben werden als Rationalität der Legitimierung und Legitimation durch das Unrecht des anderen sowie als Logik eines „Gleichgewichts des Schreckens“: die Zerstörung der einen Seite ist ohne die der anderen nicht zu denken. Wenn die Rationalität von einseitiger Sicherheitspolitik und politischer Gewalt konstitutiv für politische Entscheidungen bei allen Beteiligten und den jeweiligen Gegnern wird, gilt das ebenfalls für die Geschlechterverhältnisse. In sie schreiben sich Gewalt und Zerstörung ein und gefährden lebensweltliche Interessen und Bedürfnisse. Das bedeutet konkret die Verletzung der Rechte von Frauen und Kindern und – vermittelt – die der Männer ebenso. Der Staat Israel trat mit seiner Gründung an gegen eine Geschichte von Terror, Verfolgung und Vernichtung von Juden und ist zu verstehen als ein Projekt der Aufklärung und des politischen Universalismus, das sich gleichzeitig auf altjüdische Verheißungen bezieht. Mit seiner Verwirklichung jedoch werden Prozesse freigesetzt, die sich gegen das Projekt selbst und sein Umfeld richten: Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen. Für die Klärung des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Gewalt und zivilgesellschaftlichen Folgen ist die Untersuchung der Diskurse über die Staatsgründung Israels hilfreich.

Polarisierung durch widersprüchliche Gründungs-Diskurse

Die unterschiedlichen Diskurse zur Gründungsgeschichte Israels, wie sie gegenwärtig erneut geführt werden, zeigen eine beachtliche Bandbreite an Geschichtsverarbeitung und -interpretation, wie auch von Geschichtsmythen.[2] Diese spielen gerade in einer multi-ethnischen Einwanderungsgesellschaft wie in Israel eine bedeutende Rolle bei der gemeinsamen Kommunikation über unterschiedliche Geschichtserfahrungen und tragen zur Identitätsstiftung bei.

Das politisch rechte Spektrum von säkularer Seite unterstellt eine Geschichte arabischer Aggressionen und Gewalt, deren Übermacht 1948 von den jüdischen Einwanderern bezwungen werden konnte, womit die Zivilisation etabliert worden sei.

Der Diskurs aus einer eher national-liberalen Mitte bezieht sich auf Israel als souveräne liberale Demokratie, geschaffen auf der Grundlage des im November 1947 von der Vollversammlung der UN beschlossenen Teilungsplanes für Palästina.[3] Damit galt die Teilung als völkerrechtlich anerkannt.

Kritische Beiträge, die unter Historikern und Intellektuellen in Israel zunehmend stärker vernehmbar werden, gehen von einem „geschichtlichen Grundverhältnis" zwischen Israel und Palästina aus, das für die Staatsgründung als konstitutiv gesehen wird und als einschneidend für die weitere Entwicklung gilt. Diese Beziehung wird im Sinne eines derzeit unauflösbaren Grund-Gewalt-Verhältnisses verstanden: „Die ‚Überwindung' der Katastrophe des einen Volkes durch die Verursachung der Katastrophe eines anderen kann nie und nimmer das mit ‚Überwindung' gemeinte Ziel des ersten zeitigen. Dafür ist die Lebensrealität des anderen viel zu sehr vom Katastrophischen durchwirkt" (Zuckermann 2004, 214).

Diese Sichtweise umfasst primär die Folgen der Shoah. Es erschließt sich mit ihr aber auch die Bedeutung europäischer Macht- und Kolonialpolitik für das historische Grundverhältnis im Nahen Osten, z.B. die Interessen Großbritanniens an einer israelischen Staatsgründung (Balfour-Erklärung 1917 und das britische Mandat über Palästina).

Die Erinnerung an die mehr als 40-jährige Besetzung arabischer Territorien und ihre Folgen seit dem 6-Tage-Krieg 1967 hat diese kritischen relationalen Debatten verstärkt – in Israel, aber auch in Deutschland. Beispiele einer „neuen" Geschichtsdeutung zeigen, dass der gewaltkritische Diskurs sich gerade nicht, wie häufig kritisiert wurde, als Negation der Anerkennung der Aufbauleistungen des jüdischen Staates versteht (Segev 2008). Damit ist ein solches Deutungsmuster auch geeignet, der Logik von Gewalt und Lebenszerstörung Alternativen entgegen zu setzen, die neue Lösungsvorschläge auch zu einem gerechten Frieden initiieren können. Diskurse, die von der Reflektion eines Grund-Gewalt-Verhältnisses ausgehen, erweisen sich mithin als vereinbar mit Diskursen zur Veränderung des Geschlechterarrangements im Sinne zunehmender Geschlechtergerechtigkeit. Das bedeutet freilich noch keine wirkliche Veränderung, unterstützt jedoch Kräfte, die in die Richtung zivilgesellschaftlicher Initiativen weisen. Diese werden allerdings von einer weiteren Problematik tangiert.

Polarisierung durch gesellschaftliche Heterogenität

Die Konfliktachsen in Israel verlaufen zwischen politischen, religiösen, kulturellen und ethnischen Einheiten. Es sind vorwiegend solche zwischen säkularen und religiösen, zwischen liberalen und orthodox-religiös-nationalen Kräften und Interessen. Weiterhin ist zu differenzieren zwischen aschkenasischer Vorherrschaft über die arabisch-palästinensische Bevölkerung (immerhin 20 % der israelischen Bevölkerung) und der Unterprivilegierung der EinwanderInnen aus orientalischen Regionen und der arabisch-islamischen Welt (Misrachim). Eine nicht unerhebliche Macht haben sich politisch rechte Siedler angeeignet, deren fundamentalistische religiös-nationalistische Flügel in der Lage sind, Sicherheits- und demokratische Strukturen zu bedrohen (Oz-Salzberger 2008). Konträr zu ihnen stehen linksliberale Gruppierungen und sozialistische Anhänger der noch bestehenden letzten Kibbuzgemeinschaften. Schließlich sind die zahlreichen EinwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion mit oftmals nicht-jüdischem bzw. säkularem Hintergrund zu nennen. Allein diese Aufzählung vergegenwärtigt ein extremes Konfliktpotenzial, das schwerlich durch staatliche Akteure aufzufangen ist.
Die „Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft“ (Zuckermann 2003) verweist nun, so meine These, auf widerständige und eigensinnige Potenziale und damit auf zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen. Diese sind für eine innovative Geschlechterpolitik relevant, weil sie Chancen für die Überwindung von Gewalt- und Zerstörungslogik bieten.

Facetten zivilgesellschaftlicher Initiativen aus geschlechterpolitischer Perspektive

Die bereits prominenten und bewährten Frauen-Friedensinitiativen in Israel können hier nur kurz erwähnt werden. Sie sind mit internationalen feministischen Projekten eindrucksvoll vernetzt. Ihre Analyse aus feministischer Sicht wäre ein gesondertes und lohnendes Projekt.
Neben der Menschenrechtsorganisation *Btselem* sind es die *Frauen in Schwarz* und die der *Coalition of Women for Peace* zugehörige Frauenorganisation *Machsom Watch* (Empfängerin des Aachener Friedenspreises 2008). Im Unterschied zu den *Frauen in Schwarz*, die gewöhnlich am Freitag an zentralen städtischen Plätzen schweigend demonstrieren, arbeiten die *Machsom* Frauen mit Protokollen: Sie dokumentieren das Verhalten von israelischen Soldaten und Polizisten an den Checkpoints und Straßensperren und verstehen ihre Arbeit als aktiven Einsatz gegen Diskriminierung und Rechtsverletzungen. Sie erproben auf diese Weise mit ihrem gewaltfreien zivilen Beitrag die Logik von Friedensanstrengungen „von unten“.
Einige Projekte des *Peace Research Institute in the Middle East* im palästinensischen Autonomiegebiet in der Nähe von Beit Jala konzentrieren sich auf die Arbeit mit palästinensischen Flüchtlingsfrauen im Rahmen von Oral-History. Das Institut versteht sich als Dialogforum. In ihm arbeiten israelische und palästinensische Wissenschaft-

lerInnen zusammen. Geleitet wird es von dem Palästinenser Sami Adwan aus dem Westjordanland, der einst zur Zeit der ersten Intifada gegen Israel kämpfte und dem Israeli Dan Bar On, der durch Dialogarbeit mit den Nachkommen von nationalsozialistischen Tätern und jüdischen Opfern bekannt wurde.
Ein weiteres Projekt des Institutes, das nicht explizit am Geschlechterverhältnis orientiert ist, aber für Mädchen besondere Bedeutung hat, beschäftigt sich mit der Erarbeitung gemeinsamer Geschichtsbücher, die (dem besonderen historischen Grundverhältnis entsprechend) die palästinensischen und die israelischen Perspektiven nebeneinander stellen: *Geschichte teilen*. In diesen Geschichtsbüchern werden Ereignisse und Konflikte dokumentiert. Dazu gehört, das fremde Leid und das Trauma des Anderen anzuerkennen und zu begreifen lernen, dass ein Aufrechnen gegeneinander nicht wirklich möglich ist, da es keine Chancen für Veränderungen enthält.
Der Bezug dieser Projekte zu den Rechten von Frauen ist offensichtlich, auch wenn er nicht unmittelbar auf die Geschlechtergeschichte zu übertragen ist. Denn der gesellschaftliche Impuls, der von solchen Initiativen ausgehen kann, wird geschlechtergerechte Verhältnisse unterstützen und fördern. Er folgt keiner hegemonialen Rationalität.
Meine Gedanken führen damit zu der These, dass die Verantwortung gegenüber Israel u n d Palästina, die wir als historische Verpflichtung haben, auch in einem konkreten politischen Umfeld einzulösen ist. Sie verläuft über eine Mitwirkung an der Stärkung und Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten, die eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses mit einbeziehen.
Das Gesagte lässt sich sinngemäß in einem Bild zusammenfassen, das sich auf dem Deckblatt eines Schulbuches von *Geschichte teilen* befindet: Hier gießen ein Israeli und ein Palästinenser – mit dem Rücken zueinander – ihre jeweiligen Olivenbäume, so, wie sie ihre Geschichte pflegen. Aber die Äste dieser beiden Bäume verflechten sich ineinander.
Bis es so weit ist, wird noch viel Mut gebraucht.

Anmerkungen

1 Gemeint sind hier die Begegnungen, Arbeiten und Seminare, die Helmut Gollwitzer und dann Friedrich W. Marquardt an der Freien Universität Berlin bereits in den 50er Jahren initiiert haben.
2 Mythos wird im Sinne Roland Barthes als ein Arrangement mit der Welt verstanden, um diese zu erklären.
3 Dem UN-Teilungsplan von 1947 hatten freilich die arabischen Staaten nicht zugestimmt und die in ihm vorgesehene Grenzziehung wurde von Israel nicht eingehalten.

Literatur

Bar-On, Dan, 2001: Die „Anderen" in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Bonn.

Oz-Salzberger, Fania, 2008: Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 17/2008, 21. April 2008, 6-12.

Segev, Tom, 2008: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates. München.